

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Ordentlicher Parteitag 25./26. Oktober 2008, Aarau

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Ordentlicher Parteitag 25./26. Oktober 2008, Aarau

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Ordentlicher Parteitag 25./26. Oktober 2008, Aarau

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.

Votum zum Eintreten auf das Sicherheitspapier

Evi Allemann, Nationalrätin BE, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission NR

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossinnen und Genossen,

in einem sind wir uns wohl alle einig: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit hat die Tür zu vielen konstruktiven Diskussionen aufgestossen und dient als Grundlage für eine lösungsorientierte und überfällige Diskussion. Allzu lange hat die SP das Thema Sicherheit stiefmütterlich behandelt und es weitgehend der SVP überlassen. Was dabei herauskam, haben wir in den letzten Jahren gesehen: billige Polemik und Sündenböcke statt Lösungen. Im Alltag können wir zudem eine schleichende Privatisierung der Sicherheitsaufgaben beobachten. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen. Denn: Sicherheit muss für alle gewährleistet werden und darf kein Privileg für die Reichen sein.

Gerade die sozial Schwächeren und der Mittelstand leiden besonders darunter, wenn die Gewährleistung der Sicherheit nicht ein zentraler Auftrag der öffentlichen Hand ist und sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, bei der Polizei spart oder sie gar privatisiert, wie viele Bürgerliche das wollen. Das Paar im Villenviertel kann sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten. Es braucht keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit gewährleistet – mit einer gut ausgebildeten und ausreichend dotierten Polizei.

Denn was für die Schule, den öffentlichen Verkehr oder die Spitäler gilt, muss auch für die Polizei gelten: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Wenn wir die Sicherheitspolitik sozialdemokratisch prägen wollen, müssen wir uns positionieren. Das haben wir bislang verpasst und diese Chance haben wir heute, wenn wir auf das Papier eintreten.

Ist die Schweiz unsicherer geworden? Auf diese generelle Frage lautet die generelle Antwort ganz klar: NEIN. Ein Blick in die Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung zeigt denn auch: Die Schweiz bewegt sich im europäischen Durchschnitt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten blieb in den letzten zehn Jahren in etwa stabil. Blicken wir aber in die Gewaltstatistiken, liebe Genossinnen und Genossen – in jene zu den Körperverletzungen etwa – stellen wir eine steile Zunahme fest. Das ist auch das Fazit einer Langzeitstudie im Notfallzentrum des Inselspitals Bern. Während 2001 erst 155 Gewaltpatienten behandelt wurden, waren es 2006 bereits 275. Dies entspricht einer Zunahme um nahezu 60 Prozent. Die Durchschnittskosten pro Gewalt-Notfall stiegen von 1500 Franken im Jahr 2001 auf 5000 Franken im Jahr 2006. Hauptgrund: immer mehr schwere Kopfverletzungen mit

entsprechend aufwändiger Verarztung. Diese Entwicklung beunruhigt und zwingt uns zum Handeln. Denn eine Zunahme von Gewalt können und wollen wir nicht akzeptieren.

Das Sicherheitspapier ist gestützt auf einen Auftrag des Parteitags in Basel entstanden. Damals war klar: Es soll kein Wälzer werden, der locker als Masterarbeit durchgehen könnte, sondern ein leserliches Papier, welches eine Lücke in unseren Positionierungen schliessen soll. Der Fokus muss dabei auf die spezifischen Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit gerichtet sein. Denn zu den langfristigen Massnahmen haben wir uns bereits wiederholt geäussert: mit unserem Wirtschaftskonzept, mit Papieren zum Thema Bildung, zur sozialen Sicherheit oder zur Integrationspolitik etwa.

In all diesen Papieren, aber auch im vorliegenden Papier zur Sicherheit kommt klar zum Ausdruck: Die SP will integrieren statt ausgrenzen. Das unterscheidet uns diametral von den rechtsbürgerlichen Rezepten. Gerne gehe ich an dieser Stelle kurz auf pauschale Behauptungen aus dem Antirep-Rückweisungsantrag ein:

Wenn dort eingangs die Null-Toleranz-Politik zitiert wird, hat dies nichts mit dem SP-Positionspapier zu tun. Das Sicherheitspapier erteilt einer billigen Null-Toleranz-Ideologie, die ausschliesslich auf Repression und Wegweisung setzt, eine klare und ausdrückliche Absage. Vielmehr soll ein sinnvoller und überlegter Mix aus präventiven und repressiven Massnahmen dafür sorgen, dass das Sicherheitsempfinden für alle spürbar steigt. Ein Ansatz, der sich seit den 90er Jahren in der Drogenpolitik bewährt. Dabei ist klar: Die SP behält Augenmass und lässt sich von ihren sozialen Werten leiten. Der Ruf nach mehr Sicherheit muss immer auch mit der Forderung nach Wahrung der Freiheits- und Grundrechte einhergehen. Das steht so auch im Positionspapier. Wenn die SP Entwicklungen beim Namen nennt, wenn wir hingucken statt weggucken, gehen wir nicht nach rechts, sondern zu den Leuten und nehmen Probleme wahr, statt diese schön zu schwätzen. Die Lösungen, welche das Papier vorschlägt, atmen einen ursozialdemokratischen Geist. Wer dem Papier vorwirft, es sei ein „verdünnter Abklatsch von SVP-Forderungen“, redet es auf völlig ungerechtfertigte Art und Weise schlecht und wird dem Positionspapier nicht gerecht. Der Vorwurf verstellt den Blick auf die grundlegende Bedeutung von Sicherheit gerade auch aus sozialdemokratischer Perspektive. Es sind nämlich nicht die Reichen und Privilegierten, die unter Unsicherheit leiden. Es sind die sozial Schwachen und Benachteiligten, die darauf angewiesen sind, dass der Staat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsteht. Auch das ist Service Public – und eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität.

Und nun bin ich gespannt auf die kommende Diskussion, auch auf eine von morgen über die konkreten Anträge. Wenn wir diese morgen führen wollen, müssen wir heute auf das Papier eintreten und es nicht an die Geschäftsleitung zurückweisen.